

Zeitstrategien ökologischer Innovationspolitik aus der Sicht der Politik

Fragmentierung überwinden

Wissenschaftler fordern von der Umweltpolitik eine stärkere Ausrichtung ihres Handelns an einer langfristigen Strategie. In der politischen und administrativen Praxis stehen der Entwicklung von Strategien jedoch eine Reihe von Hindernissen entgegen, so sehr die Meinung über deren Bedeutung auch geteilt wird. Dies gilt auch für die Verknüpfung von Umwelt- und Innovationspolitik. Abhilfe könnte die Einbettung in die Nachhaltigkeitsstrategie sowie eine Renaissance der Technikfolgenabschätzung schaffen.

Die Wissenschaft wirft der Umweltpolitik oft vor, sie greife mit unflexiblen Instrumenten, zu den falschen Zeitpunkten und mit überwiegend kurzfristiger Orientierung in das Innovationsgeschehen ein. Wissenschaftler fordern deswegen, dass eine ökologische Innovationspolitik die strategische Dimension Zeit nutzen sollte, in der sie notwendige Impulse für eine gewünschte Entwicklung setzen kann.

Eine Formulierung von Politik unter Nutzung zeitstrategischer Elemente setzt aber voraus, dass Politik grundsätzlich strategiefähig und Zeit ein wichtiges Strategieelement ist. In der Praxis zeigen sich jedoch hemmende Faktoren bei der Formulierung und Umsetzung einer langfristigen Strategie: Vielfach wird von der Politik unkoordiniert und eher kompensatorisch mit Instrumenten, Aufbau- und Ablauforganisationen von gestern auf neue technische Entwicklungen reagiert. Die institutionellen Eigenheiten deutscher Regierungspraxis sowie die dezentrale Organisation von Programmentwicklung in der Regierung führen zum Zwang der Selbstkoordination bis hinunter auf die Ebene der Fachreferate, die durch den Druck von ausgeprägter Ressortkonkurrenz zusätzlich verstärkt wird. Politische Veränderungen werden darüber hinaus durch den komplexen, institutionell bedingten Wechsel von konkordanten und konkurrierenden Politikprozessen erschwert. Dies ist insbesondere ein Resultat aus dem Gegensatz von konkurrenzorientiertem Parteienwettbewerb und verhandlungsorientiertem Bundesstaat. Langfristige Politikwechsel sind grundsätzlich möglich, jedoch sehr selten beobachtbar.

► Umweltpolitik schafft Innovation

Darüber hinaus ist zu beachten, dass Umweltpolitik durchaus an Innovation orientiert ist und viele der

von Wissenschaftsseite gestellten Forderungen erfüllt. In ihrer historischen Entwicklung hat die Umweltpolitik in Deutschland auf Grund ihrer Problemerkennung und -bewertung auch für Innovationen und Investitionsschübe gesorgt. Umweltpolitik will mit ihrem Mix aus Ordnungsrecht und flexiblen Instrumenten noch stärker Rahmenbedingungen für die Akteure setzen. Ein Beispiel dafür ist die Festlegung von Zielkorridoren. Für Innovationen im Umweltbereich und das Öffnen von Zeitfenstern ist es erforderlich, strukturell angelegte Schwerfälligkeiten wie Ressortegoismen zu beseitigen und heute verfügbare Methoden flexibel einzusetzen. Hier könnte auch das klassische Konzept der aktiven Politik für die Umweltpolitik unter neuen Vorzeichen reanimiert werden, in der die Politik als Träger von Strukturveränderungen auftritt und Rahmenbedingungen für die Nutzung von innovativen Potenzialen mitentwickelt.

Die Umweltpolitik wird dabei den Innovationswettbewerb der Unternehmen so zu gestalten versuchen, dass er auch der Entlastung der Umwelt dient. Wenn es gelingt, Innovationen ökologisch und ökonomisch vorteilhaft zu gestalten, sind die Widerstände von strukturerhaltenden Interessen eher zu überwinden. Die Energiewende mit dem Ausstieg aus der nuklearen Energieversorgung bis 2020 und die Organisation von Rahmenbedingungen für neue Energieversorgungsstrukturen sind Beispiele dafür, wie Zielerreichungspfade definiert und Innovationslinien gezogen werden können.

Hemmende Faktoren, die eher das Festhalten an Strukturen im politisch-administrativen System als langfristige Strategien unterstützen, sind vor allem das Fehlen von allgemein akzeptierten leitenden normativen Ansätzen und die Unsicherheit über Folgen des Handelns. Zur Überwindung beider Hemmnisse sollen zwei Vorschläge gemacht werden.

► Nachhaltigkeitsstrategie als Norm

Erstens könnte die von der Bundesregierung verabschiedete nationale Nachhaltigkeitsstrategie mit ihren Zielsetzungen eine übergeordnete leitende Norm für die Politik zur Gestaltung künftiger Entwicklungen sein. Dem stehen jedoch immer noch erhebliche Kommunikationsprobleme in der Öffentlichkeit entgegen, wie auch der Begriff der Nachhaltigen Entwicklung inflationär und teilweise sinnentfremdet verwendet wird. Das Ziel für die Politik besteht darin, ökologische, ökonomische und soziale Zielsetzungen zu vernetzen und mit der Vorsorge für künftige Generationen in Einklang zu bringen. Für Innovation und Technikentwicklung wird es künftig noch stärker darauf ankommen, ob sie einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten können. Das heißt auch, dass Politik über Ressortgrenzen hinaus kohärent und komplementär formuliert und implementiert werden sollte.

Zweitens ist gerade für politische Entscheidungen über die Ausgestaltung von Entwicklungspfaden der Umgang mit Unsicherheiten und Risiken von entscheidender Bedeutung. Gemeint sind unter anderem die Übernahme von Verantwortung über Folgen dieser Entscheidungen über Generationen hinaus und Entscheidungen über eine zukünftige Beschneidung von Rechten oder irreversible Folgen. Entscheidungen, die der Politik nicht leicht fallen. Als Grundlage dafür könnte eine Renaissance und nachhaltigkeitsorientierte Reform des Konzepts der Technikfolgenabschätzungen in der Exekutive angebracht sein. In anderem Gewand wird diese Diskussion bereits im Rahmen der Gestaltung von Gesetzen als Gesetzesfolgenabschätzung oder auf Ebene der Europäischen Union in Form von impact assessment geführt.

Die derzeit laufende Debatte zum Thema Innovation könnte ein günstiger Zeitpunkt für die Diskussion einer ökologischen Innovationspolitik sein. Dies wird aber nicht zuletzt von den strategischen Überlegungen und Interessenkonstellationen in der politischen Arena abhängen.

Der Autor

Peter Franz ist Referatsleiter im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU). Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Kontakt: E-Mail: Peter.Franz@bmu.bund.de

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.